

„Populistisches Geschwätz“

Ulrike Gote zur Videoüberwachung in Bayreuth

BAYREUTH

Für populistisches Geschwätz, wie es Konservative vor jeder Wahl in die Öffentlichkeit brächten, hält die Grünen-Stadträtin Ulrike Gote die Anträge von CSU und Bayreuther Gemeinschaft zur Videoüberwachung in der Stadt.

„Mit der Forderung nach mehr Überwachung wollen sich populistische Politiker profilieren, indem sie suggerieren, dass sie etwas für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger tun“, schimpft Gote. Dies sei eine abenteuerliche Scheinlösung für ein Problem, das es gar nicht gibt. Gote: „Wer Videokameras im öffentlichen Raum einführt, treibt die Beschneidung der Bürgerrechte weiter voran.“ Denn Kameras im öffentlichen Raum greifen in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ein.

Dieses Recht habe das Bundesverfassungsgericht im sogenannten Volkszählungsurteil von 1983 bekräftigt: „Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden.“

Mit dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung wären eine Gesellschaftsordnung und eine diese ermöglichende Rechtsordnung nicht vereinbar, in der Bürger nicht mehr wissen können, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über sie weiß.“

Freiheit bedroht

Die Videoüberwachung sei das klassische Beispiel einer Bedrohung der individuellen Handlungsfreiheit, sagt Gote. Man bewege sich ja nicht mehr gleichermaßen frei, wie man es täte, wenn keine Kamera da wäre. Je dichter das Überwachungsnetz, desto mehr werden auch Freiräume etwa für Demonstrationen und Versammlungen eingeschränkt.

Und die Unschuldsvermutung wird ausgehöhlt: Die übergroße Mehrheit der Gefilmten sind schließlich unbe-

scholtene Bürgerinnen und Bürger. Aber alle werden durch die Videoüberwachung zu potenziell Verdächtigen. Man könne sich auch fragen, ob sich Verliebte zum Knutschen gerade einen videoüberwachten Park aussuchen. Die Sorge scheine nicht unbegründet zu sein. Britische Erfahrungen mit der Videoüberwachung zeigten, dass Frauen auch aus voyeuristischer Neugierde beobachtet werden.

Außerdem nehmen Überwacher überdurchschnittlich viele Ausländer ins Visier. Die Speicherung, Verwendung und Weitergabe der aufgezeichneten Daten sei dabei nur schwer kontrollierbar und sei für das Individuum überhaupt nicht mehr nachvollziehbar.

Kriminalität rückläufig

Ulrike Gote verweist auf die Kriminalstatistik 2006 der Polizeidirektion Bayreuth. Hier könne jeder nachlesen, dass Bayreuth eine sichere Stadt sei. Bei den Gesamtstraftaten ist ein starker Rückgang der Fallzahlen von 698 oder 5,3 Prozent zu verzeichnen. Auch die Jugendkriminalität geht zurück und die Aufklärungsquote ist erneut gestiegen. Die Straßenskriminalität ist um mehr als elf Prozent zurückgegangen und hat damit den Tiefststand der vergangenen zehn Jahre erreicht.

Wer mehr gegen Kriminalität tun wolle, müsse für bessere soziale Bildung und mehr Schulsozialarbeit sorgen, meint die Landtagsabgeordnete. „Wer allerdings wie die Bayreuther Gemeinschaft auf ihrer Internetseite behauptet ‚Brutale Übergriffe auf nächtlichen Straßen haben in den letzten Jahren spürbar zugenommen‘ lügt“, sagt Gote. „Wenn sich die Menschen immer unsicherer fühlen, dann liegt das daran, dass Specht, Hauck, Merk-Erbe und Co. ihnen einreden, Bayreuth sei nicht sicher.“ In internationalen Studien sei längst nachgewiesen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden der Menschen häufig nichts mit der realen Bedrohungssituation zu tun habe.

Gote: „Die Scharfmacher in Sachen Sicherheit im öffentlichen Raum handeln verantwortungslos. Deshalb lasst endlich dieses populistische Geschwätz!“